



# Kommunale Wirtschaftspolitik

Dörthe Gromes

Diese Broschüre wird finanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts.



DAKS e.V. ist als Kommunalpolitische Bildungsvereinigung durch das Staatsministerium des Inneren des Freistaats Sachsen anerkannt und steht Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Sie wurde 1992 auf Anregung der Kommunalpolitischen Konferenz vom Oktober '91 in Bautzen gegründet. Ziel ist die „Förderung des demokratischen Staatswesens in weitsichtiger, ökologischer und sozialer Verantwortung. Die Vereinigung unterstützt alle an Kommunalpolitik interessierten Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete, Fraktionen und Bürgerinitiativen bei der Gestaltung einer bürgernahen Kommunalpolitik, welche der Verwirklichung von Menschenrechten, dem Schutz

der natürlichen Umwelt und unmittelbaren Bürgerinteressen dient“.

Die konkrete Arbeit von DAKS e.V. besteht in Beratung und Schulung von Kommunalpolitikern und interessierten Bürgern mittels Seminaren, Vorträgen und Publikationen sowie in der Vernetzung von Kommunalpolitikern und Fachleuten mittels Tagungen und Vermittlung von Kontakten. DAKS e.V. ist Mitherausgeber der bundesweit erscheinenden Zeitschrift „AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik“. Mitglied bei DAKS e.V. kann jede natürliche und juristische Person (Fraktionen, Vereine) werden, die die Ziele von DAKS e.V. unterstützt.

### **Auszug lieferbarer Publikationen (Erscheinungsjahr):**

- Kommunale Ordnung und Sicherheit (2012)
- Transparenz und Informationsfreiheit in Sachsen (2012)
- Asyl in Sachsen (2013)
- Kommunale Bildungslandschaften (2013)
- EU-Fördermöglichkeiten in Sachsen (2014)
- Kommunen als Hochschulstandorte (2015)
- Kommunen und Landwirtschaft (2016)
- Perspektiven und Herausforderungen für wachsende Städte und Mittelstädte (2016)
- Tu was gegen Rechts – Was Kommunalos wissen sollten

SACHSEN



**DAKS-Vorstand:** Alexander Hoffmann · Kati Bischoffberger · Dr. Nicole Lakowa · Thoralf Möhlis · Martin Schmidt

**Geschäftsführer:** Norman Volger

**Kontakt:** „Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens e.V.“ · Hohe Straße 58 · 04107 Leipzig · Tel: 0341 2195740  
www.daksev.de · mail@daksev.de

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	3
<b>2. Theorie</b>	
2.1. Ausgangslage	4
<i>Exkurs: Kleiner Ausflug in die Wirtschaftsgeschichte Sachsens</i>	
2.2. Ziele	6
2.3. Maßnahmen und Instrumente	8
2.4. Standortfaktoren	10
2.5. Schnittstellen	12
2.6. Organisation	15
2.7. Umweltverträglichkeit	16
2.8. Grenzen und Hindernisse	19
<b>3. Praxis</b>	
3.1. Wirtschaftspolitik auf Landesebene	21
3.1.1. Wirtschaftsförderung Sachsen	21
3.1.2. Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft	22
3.2. Überregionale Wirtschaftsverbände und Kammern in Sachsen	
3.2.1. Die IHK	23
3.2.2. Die HWK	24
3.2.3. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft	24
3.3. Regionale Wirtschaftsverbände – ausgewählte Beispiele	
3.3.1. Metropolregion Mitteldeutschland	26
3.3.2. Wirtschaftsinitiative Sächsische Schweiz	28
3.3.3. Wirtschaftsförderung Region Meißen	28

3.3.4. Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz	29
3.3.5. Marketing-Gesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien	29
3.4. Wirtschaftspolitik sächsischer Kommunen – ausgewählte Beispiele	30
3.4.1. Leipzig	30
3.4.2. Dresden	32
3.4.3. Chemnitz	33
3.4.4. Riesa	34
3.4.5. Görlitz	35
<b>4. Literatur</b>	<b>37</b>
<b>5. Links und Adressen</b>	<b>38</b>

## **Die Autorin**

Geboren 1978 in Rostock. Studium der Politik- und Kulturwissenschaften in Leipzig. Längere Aufenthalte in Lateinamerika und Russland. Arbeit als freiberufliche Journalistin. Interessen: Lokalberichterstattung, Wirtschafts-, Umwelt- und Kulturthemen, Zeitgeschichte, künstlerische Dokumentar- und Spielfilme.

# 1. Einleitung

Die Frage nach dem Wohl und Wehe der Wirtschaft dominiert viele gesellschaftliche Diskurse. Auch wenn mittlerweile viele Unternehmen global agieren, sind sie doch an konkreten Orten verankert. Daher hat ihr wirtschaftliches Handeln Auswirkungen auf die Kommune vor Ort und umgekehrt beeinflussen die jeweiligen Gegebenheiten einer Kommune das wirtschaftliche Handeln der dort ansässigen Unternehmen.

Kommunale Wirtschaftspolitik ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, die sehr viele Akteure, Verwaltungsstellen und Institutionen berührt. Daher geht sie mit der Vernetzung von Akteuren auf vielen Ebenen einher. Diese Komplexität macht Wirtschaftspolitik für die damit befassten Kommunalpolitiker\*innen zu einer spannenden und anspruchsvollen Herausforderung.

Die vorliegende Broschüre dient als erste Orientierung in diesem Politikfeld. Im ersten Teil erläutert sie grundlegende theoretische Positionen, im zweiten geht sie beispielhaft auf die Wirtschaftspolitik einiger sächsischer Städte ein und stellt überregionale Wirtschaftsverbände in Sachsen vor.

Wirtschaftspolitik findet nicht im luftleeren Raum, sondern auf vielen Ebenen statt. Regelungen auf EU- sowie auf Bundes- und Länderebene geben den rechtlichen Rahmen vor, innerhalb dessen sich kommunale Wirtschaftspolitik bewegt. Ebenso wirken sich globale Konjunkturen auf die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort aus. Man nehme nur die Verlagerung des produzierenden Gewerbes in Länder mit niedrigeren Lohnkosten.

Außerdem ist das Wirtschaftsleben nie statisch, sondern stets dynamisch: neue Wirtschaftszweige entstehen, während alte vergehen. Stets existiert ein Nebeneinander von bestehenden und neuen Unternehmen und solchen, die komplett aufgegeben werden, sei es aus Rentabilitäts- oder Altersgründen. Damit ändern sich auch die Bedingungen kommunaler Wirtschaftspolitik häufig.

Oft wird Wirtschaftspolitik gleichgesetzt mit Wirtschaftsförderung. Dabei ist Wirtschaftsförderung nur ein Aspekt der wesentlich umfassenderen Wirtschaftspolitik<sup>1</sup>, die wiederum viele Berührungspunkte mit dem Stadtmarketing hat. Wirtschaftsförderung hingegen ist vor allem eine Subventionspraxis, die neu anzusiedelnden Unternehmen geldwerte Leistungen anbietet<sup>2</sup>. Im Gegensatz zur Daseinsvorsorge ist sie keine kommunale Pflichtaufgabe<sup>3</sup>.

---

1 vgl. Floeting, Hollbach-Grömig, S. 6

2 Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher, S. 371

3 Floeting, Hollbach-Grömig, S. 6

Auch wenn viele Kommunen große Anstrengungen unternehmen, um das Wirtschaftsleben auf ihrem Gebiet zu unterstützen und zu fördern, sind die Effekte dieser Anstrengungen nur schwer mess- und zurechenbar. Doch davon sollten sich engagierte Kommunalpolitiker\*innen nicht entmutigen lassen.

## 2. Theorie

### 2.1. Ausgangslage

Die Ausgangsbedingungen, welche die konkrete Gestaltung der kommunalen Wirtschaftspolitik prägen, kann sich eine Kommune nicht aussuchen. Entscheidend sind hierbei zum einen geographische Faktoren wie die räumliche Lage innerhalb des Landes. Liegt eine Kommune im Grenzgebiet, sind die wirtschaftlichen Beziehungen ins Nachbarland entscheidender als für Städte in der Landesmitte. Je nachdem, ob sich eine Kommune im Zentrum oder in der Randzone eines Ballungsgebietes oder im ländlichen Raum befindet, ist sie unterschiedlich attraktiv für Unternehmen. Hinzu kommen Art und Qualität der Verkehrsanbindung: Gibt es eine oder gar mehrere Autobahnen in der Nähe, einen Bahnanschluss, gegebenenfalls gar mit ICE-Halt oder einen Flughafen? Auch die Topographie spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle<sup>4</sup>. So sind ebene Flächen für Industrieansiedlungen im Bergland eher Mangelware als im Flachland.

Zum anderen übt die historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur einen großen Einfluss aus. Das kann das Vorhandensein von Bodenschätzen sein – in Sachsen beispielsweise früher das Silber im Erzgebirge oder heute die Braunkohle in der Lausitz und im Leipziger Raum. Oder eine dominante Branche, die lange Zeit das Wirtschaftsleben einer Region prägt, wie es mit der Textilindustrie in der Oberlausitz der Fall gewesen ist. Bricht ein solcher Wirtschaftszweig weg, geraten viele Kommunen in eine wirtschaftliche Schiefelage, die sich nur schwer beheben lässt – selbst Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand zeigen da eher begrenzte Effekte. Nur wenige Kommunen haben eine so ausdifferenzierte Wirtschaftsstruktur, dass der Abstieg einer Branche problemlos durch andere Unternehmen aufgefangen wird.

Vielmehr ist die Gefahr, dass sich sowohl negative als auch positive Kreisläufe verstärken. *„Bis auf wenige Ausnahmen gilt eine generelle Gesetzmäßigkeit: dort, wo bereits seit alters her erfolgreich gewirtschaftet wurde, wird auch in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgreich gewirtschaftet werden.“*<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> vgl. Naßmacher, S. 372

<sup>5</sup> Bellers, S. 259

Die Kommunen müssen also wissen, wer sie sind und in welche Richtung sie sich entwickeln wollen. Aus einer traditionell ländlichen Region wird sich nur mit übergroßen Anstrengungen ein Industriestandort machen lassen, wenn überhaupt. Historisch gewachsene Strukturen und Potenziale eines Orts spielen bei der wirtschaftspolitischen Zielbestimmung und der Aktivierung der eigenen Wirtschaftspotenziale eine große Rolle<sup>6</sup>.

Das verdeutlicht schon ein Blick auf die drei kreisfreien Städte Sachsens: So prägte Leipzig seine Geschichte als Handelsstadt, heute dominieren Dienstleistungen das Wirtschaftsleben der Pleißestadt. Dresden dagegen war schon seit Mitte des 15. Jahrhunderts Residenzstadt der sächsischen Herrscher und ist bis heute das administrative Zentrum des Freistaates geblieben. Und schließlich Chemnitz war und ist ein durch den Maschinenbau geprägter Standort. Diese wirtschaftlichen Grundorientierungen beeinflussen auch heute noch das Wirtschaftsleben dieser drei Städte.

### *Exkurs: Kleiner Ausflug in die Wirtschaftsgeschichte Sachsens*

Sachsen ist traditionell ein starker Wirtschaftsstandort. Nach dem Ende des 30-jährigen Krieges begann Mitte des 17. Jahrhunderts der wirtschaftliche Aufstieg des sächsischen Kurfürstentums. Die reichen Erzvorkommen im Erzgebirge füllten die Staatskasse. Die Gelder wurden klug investiert. Insbesondere Kurfürst August der Starke (1670 – 1733) legte die Grundlagen für eine vorausschauende staatliche Wirtschaftspolitik in Sachsen nach den Grundsätzen des Merkantilismus<sup>7</sup>.

Bereits Mitte des 18. Jahrhunderts begann das Industriezeitalter im damaligen Königreich Sachsen (1806 – 1918). Ein wichtiger Schwerpunkt lag auf dem Maschinenbau. Insbesondere für die sich rasch entwickelnde Textilindustrie wurden Maschinen gebaut. Zentrum des Textilmaschinenbaus war die Chemnitzer Region. Sie wurden vor allem in Spinnereien im Vogtland und in der Oberlausitz eingesetzt. Die Textilindustrie bildete im 19. Jahrhundert den Wachstumsmotor für die sächsische Industrialisierung.

---

6 vgl. Bellers, S. 263

7 „Merkantilismus (von französisch mercantile, deutsch ‚kaufmännisch‘, lateinisch mercator, deutsch ‚Kaufmann‘) bezeichnet die vorherrschende Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie in der Epoche des Frühkapitalismus (vom 16. bis zum 18. Jahrhundert). Mit dem Bedürfnis der absolutistisch regierten Staaten nach wachsenden, sicheren Einnahmen zur Bezahlung der stehenden Heere und des wachsenden Beamtenapparats sowie des repräsentativen Aufwands des Herrschers entwickelte sich in den verschiedenen europäischen Staaten eine vom Interventionismus geprägte wirtschaftspolitische Praxis, der erste Ansätze einer Wirtschaftstheorie zugrunde lagen. Gemeinsames Merkmal merkantilistischer Wirtschaftspolitik ist das Streben nach größtmöglicher Förderung der produktiven Kräfte im Inland und der Erwirtschaftung von Überschüssen im Außenhandel. Regierungen unterstützten demnach diese Ziele, indem sie Exporte von Fertigwaren aktiv förderten und Importe von Fertigwaren hemmten. Zu den wirtschaftspolitischen Empfehlungen gehörte auch der Abbau von Zunftprivilegien und die Schaffung eines Binnenmarktes durch Abschaffung der Binnenzölle. In dieser Zeit entstanden erste Strukturen des modernen kapitalistischen Systems. (...)“ Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Merkantilismus, Abruf am 16.11.2017

Auch in der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur war Sachsen führend. Die erste deutsche Fernverbindung der Eisenbahn verlief ab 1839 zwischen Dresden und Leipzig.

Der Aufstieg der sächsischen Automobilindustrie begann Anfang des 20. Jahrhunderts. Geradezu legendär ist in diesem Zusammenhang der Name August Horch (1868 – 1951). Er gründete. Aus der „August Horch & Cie. Motorwagenwerke“ entwickelte sich später die „Audi Automobilwerke GmbH Zwickau“. 1949 wurde der Firmensitz aus Sachsen ins bayerische Ingolstadt verlegt.

Die Abwanderung der Firma Audi in den Westen Deutschlands ist ein prominentes Beispiel für den Umbruch, den die sächsische Wirtschaft nach Ende des Zweiten Weltkrieges erlitt. In der DDR wurden die großen Unternehmen verstaatlicht, die meisten Wirtschaftskapitäne sahen hier keine Zukunft mehr für sich und verließen das Land. Dadurch ging Sachsen sehr viel intellektuelle und monetäre Kapazität verloren.

Nur vier Jahrzehnte später sah Sachsen sich wie alle ostdeutschen Länder dem nächsten gesellschaftlichen Umbruch ausgesetzt. Mit der deutschen Wiedervereinigung setzte ein tiefgreifender Strukturwandel ein, dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen noch heute spürbar sind. Selbst fast drei Jahrzehnte nach der Wende bestehen in den ostdeutschen Ländern die Diskrepanzen in Wirtschaftsstruktur und die damit verbundenen Einkommensunterschiede der Bevölkerung im Vergleich zu Westdeutschland fort. Selbst wenn einzelne Städte, zu denen neben Leipzig und Dresden auch Jena, Erfurt und Potsdam gehören, durchaus eine dynamische Entwicklung vorweisen können.

Daraus ergeben sich spezielle Bedingungen für die Kommunen des Freistaates: *„Vor unvergleichbar hohe Herausforderungen war die kommunale Wirtschaftspolitik in den neuen Ländern nach der Vereinigung gestellt. Die Auflösung der großbetrieblichen Strukturen, der Verlust der Ostmärkte, die starke De-Industrialisierung, die Infrastrukturdefizite und der notwendige Aufbau des Dienstleistungssektors waren und sind mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen verbunden.“*<sup>8</sup>

## 2.2. Ziele

*„Jede wirtschaftspolitische Zielsetzung muß sich dabei dem übergeordneten Ziel der Entwicklung und Förderung der Lebensbedingungen für die Bürger der Gemeinde unterordnen.“*<sup>9</sup> Diesen Satz sollten sich Wirtschaftsförderer und Kommunalpolitiker\*innen

---

8 Grabow / Henckel, S. 617

9 Grabow / Henckel, S. 617



stets vor Augen halten. Gleichwohl ist die konkrete Ausgestaltung der angesprochenen Lebensbedingungen politisch stets umstritten. Will man zum Beispiel die Straßen ausbauen, um den Bürgern ein schnelleres Vorankommen zu ermöglichen und die Wirtschaft anzukurbeln? Oder versucht man vielmehr die mit einem hohen Verkehrseinkommen einhergehenden Belastungen für die Bürger zu reduzieren?

Wirtschaftspolitische Ziele und die damit einhergehenden Maßnahmen sind also oft uneindeutig und sollten daher mit Umsicht verfolgt werden. Gleichwohl ist es sinnvoll, solche Ziele überhaupt erst einmal zu formulieren, weil sie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Wünschen einer Kommune und ihrer Bürger bedeuten.

Klassische Ziele kommunaler Wirtschaftspolitik sind<sup>10</sup>:

- Schaffung von Arbeitsplätzen und damit Abbau der Arbeitslosigkeit. Das geht mit einem höheren Durchschnittseinkommen der Bevölkerung einher, was wiederum den Konsum vor Ort ankurbelt.
- Aufbesserung des kommunalen Haushaltes durch höhere Steuereinnahmen und niedrigere Sozialausgaben etwa für Wohngeld oder Zuschüsse zur Kinderbetreuung.
- Errichtung einer ausgewogenen, vielfältigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur. Die Ausrichtung auf einen dominanten Wirtschaftszweig erzeugt dann Probleme, wenn dieser in eine Abwärtsspirale gerät.
- Die Sicherung der Güterversorgung und der Versorgung mit Dienstleistungen. Zwar spielt das heute eine weniger große Rolle als noch vor Jahrzehnten, Lokalpolitiker\*innen sollten dieses Ziel trotzdem nicht aus den Augen verlieren.

Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher fassen die Ziele kommunaler Wirtschaftspolitik wie folgt zusammen: „*Es geht also darum, die richtige Zahl an Betrieben mit ausreichender Steuerkraft und größtmöglicher Branchenvielfalt bei optimaler Auslastung von Arbeitskräften und Flächen mit einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung durch betriebliche Leistungen und minimalen Umweltproblemen zu verknüpfen.*“<sup>11</sup>

Dieses Ideal dürfte in der Realität zwar nur schwer zu erreichen sein, aber es gibt immerhin eine Orientierung.

---

<sup>10</sup> nach Dippel, Grunewald, Stauder, S. 11 sowie Naßmacher, S. 371

<sup>11</sup> Naßmacher, S. 372

## 2.3. Maßnahmen und Instrumente

Doch wie können die im vorhergehenden Kapitel formulierten Ziele erreicht werden? Die zur Auswahl stehenden Instrumente sind komplex und vielzählig und verdeutlichen den Querschnittscharakter der kommunalen Wirtschaftspolitik. Die Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftspolitik sind in der Regel langfristig angelegt: *„Gleichzeitig ist eine Erfolgskontrolle, also die Zurechnung von Maßnahmen und Wirkung, wegen des langen Zeithorizonts, aber auch wegen des losen Zusammenhangs zwischen den meisten Maßnahmen und den angestrebten Zielen, kaum möglich.“*<sup>12</sup>

An dieser Stelle werden die am weitesten verbreiteten Maßnahmen und Instrumente vorgestellt.

### *Ansiedlung neuer Unternehmen*

Neue Unternehmen in eine Kommune zu locken gilt als der „Königsweg“<sup>13</sup> der kommunalen Wirtschaftspolitik. Allerdings gelingt das nur relativ selten. Oftmals handelt es sich dabei nicht um wirkliche Neugründungen, sondern um die Verlagerung eines Unternehmensstandortes. Sprich eine Kommune gewinnt, eine andere verliert ein Unternehmen.

Kommunen konkurrieren untereinander um attraktive Unternehmen. Da werden schnell Zugeständnisse gemacht, die der Kommune im Nachhinein teuer zu stehen kommen können. Sehr beliebt ist es, mit einem niedrigen Hebesatz<sup>14</sup> für Grund- und Gewerbesteuer zu werben. *„Die Bedeutung des Hebesatzes wird jedoch vielfach überschätzt. Bei Ansiedlungsverhandlungen dient er traditionell als wichtiges Argument, aber sonst kommt ihm eher symbolische Bedeutung für ein ‚wirtschaftsfreundliches Klima‘ zu.“*<sup>15</sup>

Hingegen hat die Höhe der Gebühren für kommunale Leistungen für die Unternehmen oft eine sehr viel größere Bedeutung, weil sie einen wichtigen Kostenfaktor der betrieblichen Kalkulation darstellen<sup>16</sup>.

---

<sup>12</sup> Dippel/Grunewald/Stauder, S. 11

<sup>13</sup> Dippel/Grunewald/Stauder, S. 12

<sup>14</sup> „Der Hebesatz ist im Gemeindesteuerrecht die Bezeichnung für einen Faktor, der zur Ermittlung der Steuerschuld mit dem Steuermessbetrag multipliziert wird. In Deutschland ist ein Hebesatz bei der Gewerbesteuer (§16 GewStG) und der Grundsteuer (§25 GrStG) vorgesehen. Er ist somit ein Instrument, mit dem die Gemeinden in Deutschland die Höhe der ihnen zustehenden Gemeindesteuern beeinflussen können. Dieses Recht ist Teil der verfassungsrechtlich abgesicherten Selbstverwaltungsgarantie (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 Grundgesetz). (...)“ Quelle: [de.wikipedia.org/wiki/Hebesatz\\_\(Steuerrecht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hebesatz_(Steuerrecht))

<sup>15</sup> Naßmacher, S. 383

<sup>16</sup> Naßmacher, S. 383

## Bestandspflege lokaler Unternehmen

„Da die Bestandspflege in der Regel kaum direkte und sichtbare Ergebnisse bringt, wird sie aus Sicht der Politiker fälschlicherweise häufig unterbewertet.“<sup>17</sup> Unter Bestandspflege werden all jene Maßnahmen verstanden, welche die Bedingungen für bereits ansässige Unternehmen verbessern<sup>18</sup>.

Um zu wissen, wo die Betriebe der Schuh drückt, ist es essenziell wichtig, dass Kommunalpolitiker\*innen mit den Unternehmern ins Gespräch und in Kontakt kommen. Die Organisation und Pflege von Gesprächsnetzwerken zwischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft ist aus diesem Grund eine Kernaufgabe der mit Wirtschaftspolitik befassten Akteure.

Geraten lokale Firmen in eine wirtschaftliche Schieflage, kann es ihnen sehr helfen, wenn die Gemeinde ihnen Gemeindesteuern, Erschließungsbeiträge, Müll- oder Wassergebühren entweder stundet, ermäßigt oder ganz erlässt. Das ist ein weithin übliches Instrument, lokale Unternehmen zu unterstützen<sup>19</sup>. Natürlich muss jede Kommune abwägen, wann solche Unterstützungsmaßnahmen zu kostspielig werden. Sie sollten nicht auf Dauer angelegt sein.

## Verbesserung der Rahmenbedingungen

Davon profitieren sowohl Bestandsunternehmen als auch ansiedlungsinteressierte Firmen. Solche Rahmenbedingungen sind<sup>20</sup>:

- Infrastrukturmaßnahmen<sup>21</sup>
- niedrige Unternehmenssteuern und Abgaben
- gut funktionierende Verwaltung
- wirtschaftsfreundliches Klima

Im Kapitel „Standortbedingungen“ wird ausführlich auf diesen Punkt eingegangen.

---

17 Grabow / Henckel, S. 626

18 Dippel/Grunewald/Stauder, S. 13

19 Naßmacher, S. 383 sowie Grabow / Henckel, S. 625

20 Dippel/Grunewald/Stauder, S. 13

21 Bund und Länder sorgen meist für Verkehrswege (Straßen- und Schienennetze, Wasserwege, Flugplätze) während kommunale Infrastrukturleistungen auch den Bau von Parkplätzen, Einrichtungen der Energie- und Wasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallbeseitigung umfassen. vgl. Naßmacher, S. 383

## *Förderung von Existenzgründer\*innen*

Zwar haben junge Firmen wenig quantitative Effekte auf Beschäftigungszahlen und Steuereinnahmen, trotzdem sind sie sehr wichtig, weil sie einen Nährboden für wirtschaftliche Entwicklung bilden können<sup>22</sup>. Oft verschwinden sie relativ schnell wieder, weil sich die Idee als noch nicht ausgereift erwiesen hat oder der Markt für das jeweilige Produkt oder die jeweilige Dienstleistung noch nicht reif ist. Scheitern gehört jedoch zum Wirtschaftsleben und sollte nicht überbewertet werden. Vielmehr gilt es, den Mut der Gründer\*innen zu unterstützen, sich auf die eigenen Beine zu stellen. Das geschieht oft unter hohen finanziellen Risiken.

Kommunen unterstützen Gründer\*innen oft durch spezielle Gründerzentren, die zum einen günstige Büro- und Arbeitsräume und zum anderen die Chance für Vernetzung und Beratung bieten. Der Beratungsbedarf von Gründer\*innen ist meist groß. Es gilt sowohl das eigene Konzept zu überprüfen als auch Informationen über Fördermöglichkeiten einzuholen. Neben der Kommune ist die Agentur für Arbeit ein wichtiger Ansprechpartner für Gründungswillige. Weiterhin können die Auslobung von Gründerpreisen oder die Veranstaltung von speziellen Gründermessen wichtige Förderinstrumente sein.

## *Technologie- und Innovationsförderung*

Ist eng verwandt mit der Förderung von Existenzgründer\*innen. Meist geschieht sie in enger Zusammenarbeit mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Gründungswillige kommen häufig aus dem universitären Umfeld. Aber auch für bestehende Unternehmen kann eine enge Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen sinnvoll sein, um neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln oder schon bestehende zu verbessern. Kommunale Stellen können hier vor allem Kontakte herstellen. Außerdem ist ein bildungsfreundliches Klima generell wichtig, bringen Bildungsstätten egal welcher Art doch junge Menschen in die Stadt.

## **2.4. Standortfaktoren**

*„Unternehmen sind auf gute Standortbedingungen angewiesen, um sich im wirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten. Umgekehrt sind Städte auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen.“*<sup>23</sup> Dieses Zitat unterstreicht die gegenseitige Abhängigkeit von Standortbedingungen und Wirtschaftserfolg. Der kommunalen Wirtschaftspolitik

---

<sup>22</sup> Grabow / Henckel, S. 627

<sup>23</sup> Floeting / Hollbach-Grömig, S. 5

kommt eine wichtige Rolle als Gestalterin attraktiver lokaler und regionaler Rahmenbedingungen für Unternehmen zu<sup>24</sup>.

Klassischerweise werden „harte“ und „weiche“ Standortfaktoren unterschieden. Erste sind sozusagen das „Basisprogramm“, während letztere die „Kür“ darstellen.

„Harte“ Standortfaktoren sind<sup>25</sup>:

- Verkehrsanbindung
- Ver- und Entsorgung
- erschlossene Gewerbeflächen
- berufliche Weiterbildungseinrichtungen
- moderne Kommunikationsinfrastruktur

„Weiche“ Standortfaktoren sind<sup>26</sup>:

- Kulturangebote
- Gesundheitsversorgung
- Ausstattung mit Schulen und Kindergärten
- Sport- und Freizeiteinrichtungen
- Einkaufsmöglichkeiten
- Wohnortsituation und -qualität
- Ortsbild und Landschaft

Insbesondere hochqualifizierte Fachkräfte richten ihre Entscheidung, wo sie arbeiten und leben wollen, häufig nach den weichen Faktoren aus. Deshalb gibt es im ländlichen Raum Sachsens einen Mangel an Ärzten und Lehrern, in den Großstädten hingegen nicht. Gerade für Kommunen im ländlichen Raum ist es daher schwer, mit dem Angebot der Städte mitzuhalten. Sie können allenfalls vermehrt auf den Faktor „Heimatverbundenheit“ setzen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das gesellschaftliche Klima verwiesen. Sachsen steht leider nicht zu Unrecht im Ruf, dass ausländerfeindliche und rassistische Auffassungen von vielen Menschen zumindest toleriert werden. Das ist natürlich kein rein sächsisches Problem, aber in der regionalen und überregionalen Berichterstattung steht der Freistaat derzeit sehr oft im Fokus<sup>27</sup>. Das subjektive Gefühl vieler

---

24 Floeting / Hollbach-Grömig, S. 7

25 Dippel / Grunewald / Stauder, S. 14

26 Dippel / Grunewald / Stauder, S. 14

27 Siehe stellvertretend für viele Medienberichte: Louisa Houben: „Bautzen: Forschungsprojekt untersucht Alltagsrassismus“, Spiegel online vom 17.11.2017, [www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/bautzen-forschungsprojekt-untersucht-alltagsrassismus-a-1176005.html](http://www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/bautzen-forschungsprojekt-untersucht-alltagsrassismus-a-1176005.html)

Bürger\*innen, abgehängt und benachteiligt zu sein, geht mit einem Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen einher. Erfolgreiche wirtschaftliche Investitionen gibt es jedoch vor allem dort, wo auf eine gute Zukunft vertraut wird. Auch sinkt die internationale Anziehungskraft von Standorten, wenn Menschen auf der Straße lauthals Abschottung fordern.

Aus betrieblicher Sicht entscheiden folgende Faktoren über die Eignung eines bestimmten Grundstückes für eine Firma<sup>28</sup>:

- Nähe zu den Kunden
- Parkplatzangebot
- Zufahrtsmöglichkeit zu Kunden und Lieferanten
- Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr
- Nähe zu Lieferanten
- der spezifische Arbeitsmarkt vor Ort
- Flächenreserven
- Preis des Grundstücks

## 2.5. Schnittstellen

Kommunale Wirtschaftspolitik ist, wie bereits mehrfach erwähnt, eine komplexe Querschnittsaufgabe. Daher berührt sie auch sehr viele kommunale Tätigkeitsfelder und Politikbereiche: *„Tatsächlich wirken fast alle kommunalen Aufgabenfelder auf das Image der Kommune als Wirtschaftsstandort.“*<sup>29</sup> Die wichtigsten Schnittstellen sollen hier vorgestellt werden.

### *Bauleitplanung*

*„Bauleitplanung ist das zentrale Instrument, zur Ermöglichung von Bauvorhaben, zur Vermeidung städtebaulicher Fehlentwicklung und zur sinnvollen Ordnung von Art und Maß der baulichen Nutzungen.“*<sup>30</sup> Die Rechtsgrundlage für die Bauleitplanung findet sich im Baugesetzbuch. Unterschieden wird in Flächennutzungsplan und Bebauungsplan, wobei der letztere die Konkretisierung des ersteren darstellt<sup>31</sup>. Für die Entwicklung der kommunalen Wirtschaftspolitik ist die Bauleitplanung von herausragender Bedeutung. So legt sie beispielsweise Standorte für potenzielle Gewerbegebiete und Einkaufszentren fest. Dadurch sollen ungünstige Entwicklungen vermieden werden. Die kommunale Bauleitplanung hat aus den Fehlern

---

28 Naßmacher, S. 381

29 Floeting/Hollbach-Grömig, S. 5/6

30 [www.difu.de/presse/was-ist-eigentlich#Bauleitplanung](http://www.difu.de/presse/was-ist-eigentlich#Bauleitplanung)

31 Weiterführend sei verwiesen auf die DAKS-Broschüre von Peter Hettlich: „Kommunales Planen und Bauen“, Leipzig 2010

der 1990er Jahre gelernt, als in den neuen Bundesländern in großem Maßstab Einkaufszentren auf der grünen Wiese in den Außenbereichen der Städte errichtet wurden. Diese zogen die Kaufkraft aus den Innenstädten ab. Heute hingegen lautet die Devise „Stärkung der Innenstädte vor den Randgebieten“. Statt immer neue Flächen am Stadtrand für gewerbliche und industrielle Nutzung oder für Wohnzwecke zu erschließen, sollen primär innerstädtische Flächen verdichtet werden. Bereits vorhandene Gewerbezentren werden gestärkt und man schaut, wo Neuansiedlungen sinnvoll andocken können. „Stadt der kurzen Wege“ lautet das Stichwort für diese Planungspriorität.

### *Liegenschaftsmanagement*

Eine vorausschauende kommunale Liegenschaftspolitik kann das Wirtschaftsleben einer Stadt befördern. Dazu gehören der Ankauf, die Verwaltung und der Verkauf von Grundstücken. Volle Kontrolle hat die Kommune nur über die Grundstücke, die ihr auch gehören. Auf diesen kann sie dann von ihr präferierte wirtschaftliche Entwicklungen fördern, zum Beispiel indem eine kommunale Landwirtschaftsfläche an einen nach ökologischen Maßstäben wirtschaftenden Betrieb verpachtet wird. Aus diesem Grund sind Kommunen bestrebt, immer eine gewisse Zahl unterschiedlicher Grundstücke vorrätig zu halten.

### *Infrastruktur*

Zuerst denkt man dabei sicher an die Bereitstellung und Sicherung von Verkehrswegen. Eine gute Erreichbarkeit ist heute für die meisten Unternehmen wichtiger denn je. Aber es zählen weit mehr Bereiche zur Infrastruktur einer Kommune. Sie alle sind für ein prosperierendes Wirtschaftsleben essenziell. Dabei wird in technische und soziale Infrastruktur unterschieden.

Zur technischen Infrastruktur gehören:

- Energieversorgung
- Kommunikationswege (Telefon, Internet, Massenmedien, Postwesen)
- Verkehrswege (Straße, Schiene, Flughäfen, Wasserstraßen)
- öffentlicher Personennahverkehr
- Währungs- und Finanzsystem

Zur sozialen Infrastruktur gehören:

- Bildungssystem (Schulen, Universitäten, Bibliotheken)
- Fürsorge-Dienstleistungen (Kindergärten, Altenheime)

- Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte)
- Kulturelle Einrichtungen
- Gewährung der öffentlichen Sicherheit
- Soziale Absicherung
- Sport- und Freizeitmöglichkeiten

### *Arbeitsmarkt*

Kommunale Arbeitsmarktpolitik strebt in zwei Richtungen: Zum einen ist sie bestrebt, Arbeitsplätze für die Bevölkerung vor Ort bereitzustellen. Das geschieht am besten durch ein vielfältiges Wirtschaftsleben, das eine breite Palette an Tätigkeiten und Qualifikationen erfordert. Zum anderen wird es angesichts des demographischen Wandels immer wichtiger, Fachkräfte für die lokal ansässigen Unternehmen zu gewinnen. Das kann die Kommune durch die gezielte Zusammenarbeit mit Hochschulen, Fachhochschulen und anderen Ausbildungsinstitutionen fördern. Auch spielen die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren<sup>32</sup> eine zunehmende Rolle für die Attraktivität einer Kommune für hochqualifizierte Arbeitskräfte. Mittelbar beeinflusst das auch die lokalen Unternehmen sowie potenzielle Investoren.

### *Umweltpolitik*

Die kommunale Verwaltung steht vor der großen Herausforderung, die mitunter gegenläufigen Interessen von Wirtschaftsleben und Umweltschutz miteinander in Einklang zu bringen<sup>33</sup>.

### *Gesetzgebung*

In den Ortssatzungen geben Kommunen den ordnungspolitischen Rahmen in ihrer Gemeinde vor. Die dort im Detail getroffenen Regelungen beeinflussen das Wirtschaftsleben in mannigfaltiger Hinsicht. Das reicht von der Ansiedlungsrichtlinie über die Gebührensatzung bis zur Vergabeordnung.

### *Finanzpolitik*

Die Kommunen erheben von den ansässigen Unternehmen Gewerbe-, Grund- und Umsatzsteuern. Außerdem nehmen sie Entgelte für bestimmte kommunale Dienstleistungen (Pacht, Abwasser, Energie, Müllabfuhr, Anliegerbeiträge zum Straßenausbau usw.). Für manche Firmen stellen diese Entgelte einen erheblichen Kostenfaktor

---

<sup>32</sup> Siehe Kapitel „Standortfaktoren“

<sup>33</sup> Die Zusammenhänge zwischen kommunaler Wirtschafts- und Umweltpolitik werden ausführlich im Kapitel „Umweltverträglichkeit“ thematisiert.



dar. Generell kann die Höhe von Steuern und Entgelten Unternehmen sowohl be- als auch entlasten.

## 2.6. Organisationsformen

Es gibt keine vorgeschriebene Form wie Wirtschaftspolitik und -förderung organisatorisch in der Kommune verankert sind. In der Regel bringen nur Groß- und Mittelstädte überhaupt die personale und finanzielle Kapazität für eine eigene wirtschaftspolitische Abteilung auf. In kleinen Kommunen ist meist nur eine Stabsstelle vorgesehen, die oft dem Hauptamt angegliedert ist. Daher gilt: „*Kleinere Gemeinden bleiben häufig auf die Tätigkeit ihrer Kreisverwaltung angewiesen, soweit sie nicht durch Zweckverbände innovative Lösungen suchen.*“<sup>34</sup> Die Zusammenarbeit mit den übergeordneten Behörden ist für kleine Kommunen daher besonders wichtig. Das sind zum Beispiel das Bauordnungsamt des Landkreises oder Fach- und Sonderbehörden des Landes wie Straßenbauämter, Gewerbe- und Kommunalaufsicht sowie Regionalplanung.

Grundsätzlich wird zwischen einer verwaltungsinternen Organisation und einer privatrechtlichen Organisation unterschieden. Außerdem gibt es Mischformen zwischen diesen beiden Organisationstypen<sup>35</sup>.

### *verwaltungsinterne Organisation*

Je nach Größe und Kapazität der Kommune ist das entweder eine Stabsstelle oder ein ganzes Wirtschaftsamt. Der Hauptvorteil dieser Organisationsform liegt darin, dass die wirtschaftlichen Belange als Teil der Verwaltung gesehen werden. Somit ist der Informationsfluss zwischen den verschiedenen Ebenen und Teilen der städtischen Verwaltung meist besser als bei einer externen Gliederung. Insbesondere die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern, die gerade bei komplexen Genehmigungsverfahren unumgänglich ist, funktioniert in diesem Fall erfahrungsgemäß ebenfalls besser. Außerdem kann ein Wirtschaftsförderamt als Träger öffentlicher Belange in Planfeststellungsverfahren auftreten. Nachteilig können sich die mitunter langen Verwaltungswege auswirken. Zudem sollten die Wirtschaftsämter ihr Handeln an die politischen Mehrheiten im Stadt- oder Gemeinderat ausrichten. Auch ist die Personalplanung oft unflexibel und kann nicht kurzfristig an wechselnde Gegebenheiten angepasst werden.

---

<sup>34</sup> Naßmacher, S. 378

<sup>35</sup> Dippel/Grunewald/Stauder, S. 18ff

## *privatrechtliche Organisation*

Kommunen können auch die wirtschaftspolitischen Belange ausgliedern, indem sie etwa eine GmbH oder einen Verein gründen. So kann eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft oder ein -verein flexibler reagieren, weil er nicht dem Haushaltsrecht unterliegt und nicht an die Vergabevorschriften öffentlicher Institutionen gebunden ist. Das erleichtert oft die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Unternehmen. Nachteilig kann sich jedoch auswirken, dass diese wOrganisationen nicht in den verwaltungsinternen Informationsfluss eingebunden ist und sich die Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden mitunter schwieriger gestaltet.

## *organisatorische Mischformen*

Um die jeweiligen Vorteile der beiden Organisationsformen miteinander zu kombinieren und die Nachteile zu minimieren, gibt es auch organisatorische Mischformen. So werden dem Wirtschaftsförderamt bestimmte Aufgaben (Abwicklung von Genehmigungsverfahren etc.) übertragen und andere der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (Werbung, Akquise, Kauf von Gewerbeflächen). Allerdings gestaltet sich in der Realität die organisatorische und finanzielle Verknüpfung von Amt und Gesellschaft meist schwierig. Es besteht die Gefahr eines Kompetenzwirrwarrs, das die wirtschaftspolitischen Anliegen eher schwächt als voranbringt.

## **2.7. Umweltverträglichkeit**

*„Kommunale Wirtschaftspolitik muß dafür Sorge tragen, daß im Sinne der Verbesserung von Lebensqualitäten der Nutzen aus den wirtschaftlichen Qualitäten der Betriebe vor Ort im angemessenen Verhältnis zu den Schäden und Belastungen steht.“<sup>36</sup>* – Dieses Zitat verdeutlicht, dass sich Wirtschaftspolitik auf allen Politikebenen oft in Konflikt zur Umwelt- und Naturverträglichkeit steht. Schließlich verbraucht jedes Unternehmen in stärkerem oder geringerem Maße Flächen, Energie und Rohstoffe und generiert darüber hinaus Verkehr.

Schon die Errichtung eines neuen Gewerbegebietes am Rande einer Gemeinde hat negative Folgen für die Umwelt: Zu seiner Erschließung werden Flächen versiegelt, sie stehen zum Beispiel der Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung<sup>37</sup>. Es werden Straßen gebaut und Leitungen verlegt. Oft sind diese Gebiete nicht sehr gut an den ÖPNV angeschlossen, so dass die meisten Arbeitnehmer mit dem Privat-PKW dorthin fahren. Bei Ansiedlungen von produzierenden Gewerben kommen

---

<sup>36</sup> Grabow/Henckel, S. 617

<sup>37</sup> Das oft problematische Verhältnis zwischen Landwirtschaft und anderen Formen wirtschaftlicher Nutzung wird eingehend in der DAKS-Broschüre „Kommunen und Landwirtschaft“ (2016) erörtert.

Emissionen hinzu, welche die Luft, den Boden oder das Wasser mit Schadstoffen belasten.

Fallen ehemalige Gewerbegebiete brach, weil die dort angesiedelten Unternehmen entweder umgezogen, insolvent gegangen sind oder schlicht aufgegeben wurden, muss sich die Gemeinde mit der Nachnutzung des Gewerbebestandes befassen. Mitunter müssen zunächst Altlasten saniert werden, bevor an eine neue Nutzung gedacht werden kann.

Um solchen Belastungen und negativen Effekten entgegen zu wirken, sollten Unternehmen und Betriebe verstärkt auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise setzen: *„Nachhaltiges Wirtschaften bezeichnet generell die Schaffung zukunftsfähiger betriebs- und volkswirtschaftlicher Strukturen und deren langfristige Sicherung. Diese geht einher mit der Verbindung von Ökonomie, Ökologie und sozialen Rahmenbedingungen und umfasst in der Regel die umweltgerechte und ressourcensparende Produktion, die Sicherung der Innovationsfähigkeit, die sozialgerechte Beschäftigung, Transparenz und Information über Produkte und Prozesse.“*<sup>38</sup>

Das lässt sich natürlich nicht von heute auf morgen in Gänze umsetzen. Generell stellt der sich allmählich abzeichnende ökologische Strukturwandel Unternehmen vor große Herausforderungen. Gleichzeitig eröffnet er auch die Chance auf neue Geschäftsfelder und Absatzmärkte. Als Beispiel seien Biogas- oder Windkraftanlagen genannt, die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der Bundesregierung gefördert werden und sowohl für Landwirte als auch für Ingenieure relativ neue Betätigungsfelder darstellen.

Doch nicht nur Unternehmen, auch die Gesellschaft als ganze ist gefordert, nach umweltverträglichen Lebens- und Wirtschaftsweisen zu suchen. Im Freistaat Sachsen besteht der größte Konflikt zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen im Fortbestand und Ausbau der großflächigen Braunkohletagebaue in der Lausitz und in Nordwestsachsen. Die Fronten zwischen Gegnern und Befürwortern der Kohle sind verhärtet. Kommunen und ihre Bürger profitieren einerseits von den erheblichen Steuereinnahmen, die durch den Bergbau generiert werden. Das trifft insbesondere auf die strukturschwache Lausitz zu. Andererseits leiden sie unter den Emissionen der Kraftwerke sowie dem Landschafts- und Kulturverlust, der mit dem Tagebau einhergeht. Außerdem bindet das Management der Bergbaufolgelandschaften erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen.

---

38 Leutner/Peters/Rösler, S. 7

Kommunale Wirtschaftsförderinstitutionen können die Wirtschaft vor Ort in Bezug auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise unterstützen, indem sie als Impulsgeber, Moderator und Vernetzungsagentur fungieren. Wichtig ist, das Bewusstsein für die Beachtung ökologischer Belange im Wirtschaftsleben gerade auch in der kommunalen Verwaltung selbst zu stärken<sup>39</sup>. Im besten Falle geht die Verwaltung mit gutem Beispiel voran, indem sie in ihrer Tätigkeit auf Ressourceneffizienz achtet, bei der Beschaffung von Material und Dienstleistungen ökologische Kriterien anwendet oder eine umweltfreundliche Mobilität ihrer Mitarbeiter fördert. Da gibt es mittlerweile einen ganzen Katalog an Maßnahmen und Best-Practice-Beispielen<sup>40</sup>.

Folgende Punkte sollte eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete kommunale Wirtschaftsförderung im Blick haben<sup>41</sup>:

- Förderung von Umwelttechnologien und damit von zukunftsorientierten Branchen
- Umstrukturierung von Krisenbranchen in Richtung auf Umwelttechnologien
- Förderung umweltorientierter Dienstleistungen
- Abfallvermeidung und -verwertung, Erarbeitung integrierter Entsorgungskonzepte
- Altlastenbeseitigung und Reaktivierung von Gewerbebrachen
- ökologisch orientierte, kommunale Beschaffung

Zur Erreichung dieser Ziele sollten Umweltämter und Wirtschaftsförderung stärker kooperieren: *„Erforderlich ist hierzu, bestehende Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen und eine institutionelle Zusammenarbeit zu entwickeln (...) Letztlich ist ohne Mitwirkung der Wirtschaftsförderer eine effiziente Umweltpolitik im gewerblichen Umfeld schwierig. Ohne das Know-how und die frühzeitige Beteiligung der Umweltämter lässt sich aber nachhaltige Wirtschaftspolitik nur schwer verwirklichen.“*<sup>42</sup>

---

39 Es gibt beim Deutschen Städtetag einen Arbeitskreis „Nachhaltiges Wirtschaften“. [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

40 Die DIFU-Broschüre „Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften“ listet viele Beispiele auf und gibt darüberhinaus viele weiterführende Literatur- und Linkhinweise.

41 Grabow/Henckel, S. 629f

42 Leutner/Peters/Rösler, S. 13

## 2.8. Grenzen und Hindernisse

Kommunale Wirtschaftspolitik bewegt sich innerhalb bestimmter rechtlicher Grenzen. Darüber hinaus sind Scheitern und Misserfolge in einem komplexen Politikfeld normal. Daher sollen abschließend einige widerständige Faktoren erörtert werden, mit denen die meisten Wirtschaftspolitiker\*innen konfrontiert sind. Sie helfen, realistische Erwartungen an die kommunale Wirtschaftspolitik zu formulieren.

Zunächst sollen die rechtlichen Grenzen umrissen werden, innerhalb derer sich kommunale Wirtschaftspolitik bewegt<sup>43</sup>:

- Kostendeckungsprinzip

Einnahmen und Kosten aus wirtschaftlichen Aktivitäten einer Kommune müssen sich stets die Waage halten. Das soll zum einen die Kommune zu verantwortlichem wirtschaftlichem Handeln verpflichten. Zum anderen werden die Bürger\*innen dadurch vor übermäßig hohen Gebühren für kommunale Leistungen geschützt.

- Planungsautonomie

Die Planungshoheit von Kommunen ist eingeschränkt. Sie müssen sich an übergeordnete Rahmenplanungen halten. Dadurch sind der Ausweisung neuer Gewerbe-, Industrie- und Baugebiete Grenzen gesetzt.

- Vergaberecht

Das deutsche Vergaberecht, das die öffentlichen Ausschreibungen regelt, ist sehr komplex. Aufträge der Kommune müssen stets öffentlich ausgeschrieben werden. Lokale Firmen dürfen bei der Vergabe nicht bevorzugt werden. Ab einer bestimmten Summe müssen die Aufträge sogar EU-weit ausgeschrieben werden.

- Subventionsobergrenzen

Um gleiche Wettbewerbschancen für alle Unternehmen zu garantieren, sind der Unterstützung lokaler Firmen durch die Kommune enge rechtliche Grenzen gesetzt. Direkte Subventionen sind generell EU-weit verboten. Geringfügige Unterstützung in Form vergünstigter Darlehen, Bürgschaften oder sonstigen Zuschüssen darf jedoch unter Auflagen gewährt werden<sup>44</sup>.

---

43 Dippel/Grunewald/Stauder, S. 10

44 Bekannt sind hier vor allem die sogenannten De-minimis-Beihilfen, die auf Grundlage verschiedener EU-Verordnungen gewährt werden können. Nähere Erläuterungen dazu finden sich z.B. hier: [de.wikipedia.org/wiki/De-minimis-Beihilfe](https://de.wikipedia.org/wiki/De-minimis-Beihilfe)

Daneben sollte der Gegenwind „aus den eigenen Reihen“ nicht unterschätzt werden, der Wirtschaftspolitiker\*innen und Verwaltungsmitarbeiter\*innen mitunter ins Gesicht bläst: *„In der kommunalen Wirtschaftspolitik als Querschnittsaufgabe sind strukturelle Konkurrenzen und Konflikte angelegt. Solche Konflikte gibt es etwa durch Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadtplanung und Wirtschaftsförderung über langfristige räumliche Entwicklungsziele, zwischen Wirtschaftsförderung und Umweltamt im Hinblick auf die vermutete oder tatsächliche Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit durch Umweltauflagen oder zwischen Wirtschaftsförderung und Sozialverwaltung über Organisation und Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik.“*<sup>45</sup>

Wenn es um die Ansiedlung neuer Unternehmen geht, konkurrieren Kommunen heute auf allen Ebenen untereinander: regional, national und international. Gleichzeitig stehen kommunale Kosten und späterer Nutzen von Neuansiedlungen (in Form von Steuereinnahmen, Arbeitsplätzen etc.) häufig in einem für die Kommune ungünstigem Verhältnis: *„In keinem Handlungsfeld der kommunalen Wirtschaftspolitik klaffen Ausgangslage und Instrumenteneinsatz weiter auseinander als bei der Ansiedlung neuer Betriebe.“*<sup>46</sup>

Hinzu kommt, dass oftmals der Zeitaufwand, den ein behördliches Genehmigungsverfahren für eine Neuansiedlung erfordert und der Zeitdruck, unter dem die Unternehmen stehen, in einem Missverhältnis stehen. Sind dazu noch überregionale Behörden involviert oder Sonderinteressen betroffen, können solche Genehmigungsverfahren gut und gern ein paar Jahre dauern. Noch länger dauert es zum Beispiel bei der kompletten Neuerschließung eines Gewerbegebietes: *„Als Zeithorizont zwischen der ersten Planungsidee und der vollen Aufsiedlung des neuen Gebietes sind über 10, eher 15 Jahre anzusetzen.“*<sup>47</sup>

Nicht selten gibt es auch Widerstand der Bürger\*innen gegen die Ansiedlung bestimmter Industriebetriebe, die mit einer erhöhten Lärm-, Geruchsbelastung und/oder Verschmutzung einhergehen. Dasselbe trifft auf den Neubau beziehungsweise die Verlegung von Straßen zu. Diese sind häufig umstritten, weil sie manche Bürger entlasten, während andere belastet werden. Der Ausgleich zwischen solchen divergierenden Interessen ist sozusagen die Königsdisziplin der Kommunalpolitik – nicht nur im Wirtschaftsbereich.

Angesichts solcher möglichen Widerstände und Schwierigkeiten ist es umso wichtiger, die Abwanderung von bestehenden Unternehmen nach Möglichkeit zu verhindern. Gründe für die Abwanderung können sein, dass das Unternehmen seine

---

45 Grabow/Henckel, S. 618

46 Naßmacher, S. 389

47 Naßmacher, S. 400

Produktion erweitern will, in der Heimatkommune aber dafür keine Flächen findet. Heutzutage wird in der Regel nicht mehr in mehrgeschossigen Gebäuden produziert wie das während der Gründerzeit Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts üblich war. Moderne Betriebe bevorzugen ebenes Gelände für ihre Produktionsstätten. Das geht zum einen mit einem erhöhten Flächenverbrauch einher, zum anderen geraten Gemeinden mit einer unebenen Topografie schnell an ihre Flächengrenzen.

Gegen die Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigeren Lohn- und Sachkosten kann eine Kommune kaum etwas unternehmen. Auch ist ihr Einfluss sehr begrenzt, wenn Unternehmen insolvent gehen. So kommt es trotz aller Anstrengungen der kommunalen Wirtschaftspolitik immer wieder zu Werksschließungen. Ein aktuelles Beispiel ist die für 2020 und 2023 angekündigte Schließung der Siemens-Werke in Leipzig und Görlitz mit insgesamt knapp 1300 Mitarbeitern<sup>48</sup>. Die Kommune ist dann abhängig von Entscheidungen, die an ganz anderer Stelle getroffen werden.

## 3. Praxis

### 3.1. Wirtschaftspolitik auf Landesebene

Die sächsische Industrie hat im Jahr 2016 einen Gesamtumsatz von 63,8 Milliarden Euro erwirtschaftet und legte damit eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr hin<sup>49</sup>. Die wichtigsten Branchen sind:

- Automobilindustrie (27 Prozent)
- Maschinenbau (12,7 Prozent)
- Metallerzeugung (12,4 Prozent)
- Elektrotechnik / Mikroelektronik (11,8 Prozent)

Das sächsische Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im Jahr 2016 knapp 118,5 Milliarden Euro. Seit dem Jahr 2000 hat die Wirtschaft in Sachsen um über 20 Prozent zugelegt und verzeichnet damit das drittstärkste Wachstum aller Bundesländer<sup>50</sup>.

#### 3.1.1. Wirtschaftsförderung Sachsen

Wirtschaftspolitik auf Landesebene fällt in die Zuständigkeit des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Zur Unterstützung der heimischen

48 Annette Binniger / Michael Rothe: „Siemens schließt Werke in Sachsen“, Sächsische Zeitung vom 17.11.2017, [www.sz-online.de/nachrichten/siemens-schliesst-werke-in-sachsen-3819392.html](http://www.sz-online.de/nachrichten/siemens-schliesst-werke-in-sachsen-3819392.html)

49 [www.standort-sachsen.de/de/branchen](http://www.standort-sachsen.de/de/branchen)

50 [www.standort-sachsen.de/de/standort/wirtschaft](http://www.standort-sachsen.de/de/standort/wirtschaft)

Wirtschaft hat der Freistaat 1991 die Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WFS) als landeseigenes Unternehmen gegründet. Sie betreibt im Wesentlichen klassisches Standortmarketing für Sachsen, berät potenzielle Investoren und unterstützt sächsische Unternehmen dabei, ihre Produkte in andere Bundesländer oder ins Ausland zu exportieren.

Die WFS hat 52 Mitarbeiter und wird durch einen fünfköpfigen Aufsichtsrat unter Vorsitz des Staatsministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr kontrolliert.

Ihre Aufgaben beschreibt die WFS selbst wie folgt:

- Standortwerbung für den Freistaat Sachsen im In- und Ausland
- Akquisition, Beratung und Betreuung von Unternehmen, die sich in Sachsen ansiedeln oder hier erweitern wollen
- Vermittlung von Informationen und Kontakten zur Erschließung von In- und Auslandsmärkten
- Absatzförderungsmaßnahmen im In- und Ausland
- Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen in Sachsen
- Nutzung der sächsischen Netzwerke, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, um Unternehmen aus dem In- und Ausland zum Gründen in Sachsen zu bewegen und Wachstum zu generieren

### **3.1.2. Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft**

Nicht nur der Staat betreibt Wirtschaftspolitik, sondern auch die Privatwirtschaft versucht, ihre Interessen zu vertreten. Der Verein Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW) ist die Spitzenorganisation der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände im Freistaat und gleichzeitig Landesvertretung der Bundesverbände der Arbeitgeber und Industrie. In diesem Sinne fungiert die VSW als branchenübergreifender Dachverband. Die derzeit 38 Mitglieder reichen vom Allgemeinen Arbeitgeberverband Sachsen über den Fachverband Metall Sachsen bis zum Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie<sup>51</sup>.

---

51 Alle Mitglieder sind aufgelistet unter: [www.vsw-direkt.de/mitglieder.html](http://www.vsw-direkt.de/mitglieder.html)



In erster Linie ist der VSW eine Lobbyvereinigung. Regelmäßig veröffentlicht er politische Statements, Kommentare und Forderungen<sup>52</sup>. Ihren Mitgliedern offeriert die VSW Informationen sowie Erfahrungsaustausch über rechtliche, gesetzliche und politische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Unternehmenspraxis.

## **3.2. Überregionale Wirtschaftsverbände und Kammern in Sachsen**

### **3.2.1. Industrie- und Handelskammer**

Deutschlandweit gibt es insgesamt 79 Industrie- und Handelskammern (IHK). Ihr Dachverband ist der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit Sitz in Berlin. Seine Geschichte reicht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Im Wesentlichen ist der DIHK mit seinen Regionalverbänden eine Interessenvertretung der deutschen Wirtschaft.

Die IHKs sind vom rechtlichen Status her eine berufsständische Körperschaft öffentlichen Rechts. Eine Mitgliedschaft in der jeweils zuständigen regionalen IHK ist für Unternehmen und Gewerbetreibende Pflicht<sup>53</sup>. Ausgenommen davon sind reine Handwerksunternehmen, landwirtschaftliche Unternehmen und die freien akademischen Berufe. Zu letzteren gehören unter anderem frei praktizierende Ärzte, Architekten, Ingenieure, Anwälte, Künstler, Fotografen und Journalisten.

Zu den Aufgaben der IHKs gehören (Auswahl)<sup>54</sup>:

- Wahrnehmung der Gesamtinteressen der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft
- Sicherung des fairen Wettbewerbs
- Umfassender Service und Unterstützung sowie Beratung für die Mitgliedsunternehmen
- öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen
- Erstellung von gutachterlichen Stellungnahmen für Gerichte und Behörden

---

52 Zum Beispiel aktuell aus Anlass der Koalitionsverhandlungen im Herbst 2017, nachzulesen unter: [www.vsw-direkt.de/positionen.html](http://www.vsw-direkt.de/positionen.html)

53 Die Pflichtmitgliedschaft ist immer wieder Gegenstand von intensiven Diskussionen, ebenso wie die Höhe der Pflichtbeiträge.

54 [de.wikipedia.org/wiki/Industrie-\\_und\\_Handelskammer](http://de.wikipedia.org/wiki/Industrie-_und_Handelskammer)

- Ausstellung von Zeugnissen und Bescheinigungen
- Erteilung der Erlaubnis zum Vermitteln von Versicherungen
- Überwachung und Förderung der kaufmännischen und gewerblichen Berufsbildung
- Durchführung von Fort- und Weiterbildungen mit anerkannten IHK-Abschlüssen

In Sachsen gibt es IHK-Vertretungen in den drei kreisfreien Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Darüber hinaus haben die drei Kammern eine Landesarbeitsgemeinschaft gegründet, um die Interessen ihrer Mitglieder besser zu vertreten. Ihre Ziele, die sie gegenüber Politik und Verwaltung durchsetzen wollen, sind unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, Abbau von Bürokratie und fairer Wettbewerb<sup>55</sup>.

### **3.2.2. Handwerkskammer**

Die Handwerkskammern funktionieren im Wesentlichen genau wie die Industrie- und Handelskammern, nur dass ihre Mitglieder Handwerksbetriebe sind. Auch sie sind eine Körperschaft öffentlichen Rechts und nehmen Aufgaben der Selbstverwaltung wahr. Die HWKs üben die Rechtsaufsicht über die Innungen<sup>56</sup> und Kreishandwerkerschaften<sup>57</sup> im jeweiligen Kammerbezirk aus.

Sowohl die Inhaber eines Handwerksbetriebes als auch ihre Angestellten sowie Gesellen und Lehrlinge sind zur Mitgliedschaft in der HWK verpflichtet. Das geht wiederum mit Pflichtbeiträgen einher. Auch die Aufgaben der HWK gleichen denen der IHK. Mitunter gibt es Doppelmitgliedschaften von Unternehmen in der IHK und der HWK. Ein Beispiel für einen solchen Mischbetrieb ist ein Autohaus mit angegliederter KFZ-Werkstatt.

Analog zur IHK sitzen in Sachsen die Vertretungen der HWK in Leipzig, Dresden und Chemnitz.

### **3.2.3. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft**

Außerdem gibt es noch den Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW). Der Hauptsitz des Vereins befindet sich in Berlin. Nach eigenen Angaben vertritt

---

<sup>55</sup> [www.sachsen.ihk.de](http://www.sachsen.ihk.de)

<sup>56</sup> Eine Innung ist die fachliche Interessensvertretung der verschiedenen Berufsgruppen im Handwerk. Im Gegensatz zur HWK ist die Mitgliedschaft in einer Innung freiwillig. Innungen sind Nachfolger der mittelalterlichen Zünfte.

<sup>57</sup> Die Kreishandwerkerschaft ist der Zusammenschluss der Innungen einer Region unabhängig von ihrem jeweiligen Beruf.

der BVMW deutschlandweit branchenübergreifend etwa 50.000 kleine und mittlere Unternehmen sowie Solo-Selbstständige. Gegründet wurde er 1975 in Bonn. Selbst erklärtes Ziel des BVMW ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstandes zu stärken durch politische Lobbyarbeit sowie interne und externe Vernetzung seiner Mitglieder.

Auf lokaler Ebene versteht sich der BVMW vor allem als Vermittler von Kontakten, Informationen, Wissen und Dienstleistungen. Die Mitgliedschaft ist im Gegensatz zu IHK und HWK freiwillig. Die Finanzierung der Verbandsarbeit erfolgt nach eigenen Angaben ausschließlich auf der Basis von Mitgliedsbeiträgen.

In Sachsen gibt es neben Vertretungen in den drei kreisfreien Städten auch Kreisverbände im Erzgebirgskreis und im Vogtland sowie in Zwickau, Lichtenstein und Mittweida.

### 3.3. Regionale Wirtschaftsverbände – ausgewählte Beispiele

Wirtschaftspolitik innerhalb einer Kommune lässt sich nicht losgelöst von den umliegenden Städte und Gemeinden betrachten. Statt eine sogenannte „*Kirchturmspolitik*“ zu betreiben, setzen die meisten Kommunen auf eine regionale und zum Teil auch überregionale Zusammenarbeit. Ein solches koordiniertes und aufeinander abgestimmtes Vorgehen hat den großen Vorteil, unnötige Konkurrenz zu vermeiden und keine Ressourcen in einem gegenseitigen Über- bzw. Unterbietungswettkampf zu verschleudern<sup>58</sup>. Daher schließen sich oft mehrere Kommunen zusammen und betreiben gemeinsam eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Insbesondere folgende Themen bieten sich für eine interkommunale Zusammenarbeit an<sup>59</sup>:

- Erstellung regionaler Flächennutzungspläne
- Entwicklung regionaler Einzelhandels- und Tourismuskonzepte
- Schaffung von regionalen Zweckverbänden
- Errichtung interkommunaler Gewerbegebiete

Neben den interkommunalen Zusammenschlüssen gibt es auch rein privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsverbände und Mischformen. In den meisten Fällen ist die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sehr eng,

---

58 Dippel/Grunewald/Stauder, S. 3 sowie Grabow / Henckel, S. 623: „Regionalpolitische Konzepte haben den Vorteil, daß die verteilten Stärken und Möglichkeiten in einer Region den spezifischen Bedarfen der Unternehmen besser gerecht werden können, als es durch isolierte kommunale ‚Kirchturmspolitiken‘ geschehen könnte.“

59 Dippel/Grunewald/Stauder, S.4

ist es doch gerade das Ziel, eine Plattform für Vernetzung und Kooperation zu bieten. Die Organisationsformen der Wirtschaftsverbände sind unterschiedlich, Verein und GmbH werden am häufigsten gewählt.

### **3.3.1. Europäische Metropolregion Mitteldeutschland**

Die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) nimmt insofern eine Sonderstellung ein, dass sie sowohl regional als auch überregional agiert. Ihr Bezugspunkt ist bewusst kein einzelnes Bundesland, sondern die Region Mitteldeutschland. Mitglieder sind sieben Kommunen, fünf Landkreise, Kammern, Verbände, Forschungseinrichtungen und über 50 strukturbestimmende Unternehmen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.<sup>60</sup> Die Geschäftsstelle sitzt in Leipzig.

Organisiert als Verein, versteht sich die EMMD als länderübergreifende Aktionsplattform, welche die wichtigsten Akteure in Mitteldeutschland miteinander vernetzt. Die handlungsweisende Vision des Vereins lautet: *„Mitteldeutschland zählt im Jahr 2030 zu den attraktivsten und innovativsten Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturregionen in Europa und verbindet dynamisches Wachstum mit hoher Lebensqualität.“*<sup>61</sup>

Standortmarketing, Innovationsförderung, Fachkräftesicherung, Familienfreundlichkeit, Verkehr und Infrastruktur sowie Kultur und Tourismus sind Themen, die in den Projekten der EMMD immer wieder eine Rolle spielen.

Zu diesen Projekten gehört beispielsweise die jährliche Verleihung des *„IQ Innovationspreises Mitteldeutschland“*, der seit 2005 diejenigen Unternehmen auszeichnet, die neuartige Produkte oder Dienstleistungen entwickeln und vermarkten. Das Projekt *„HYPOS Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany“* hingegen widmet sich dem Problem des temporären Stromüberschusses, das beim Ausbau der Erneuerbaren Energien auftritt. Dabei sollen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Energieumwandlung, -speicherung und des Energietransports mittels Wasserstoff erkundet werden. Weitere Projekte beschäftigen sich mit der Vermarktung von Gewerbeimmobilien.

---

60 Eine Übersicht der Mitglieder findet sich unter: [www.mitteldeutschland.com/de/page/verzeichnis](http://www.mitteldeutschland.com/de/page/verzeichnis)

61 [www.mitteldeutschland.com/de/page/ziele](http://www.mitteldeutschland.com/de/page/ziele), abgerufen am 5.12.2017

Darüber hinaus unterstützt die EMD folgende Cluster<sup>62</sup> in Mitteldeutschland (Auswahl):

- *Automotive Cluster Ostdeutschland* – eine länderübergreifende Initiative zur nachhaltigen Entwicklung der Automobilindustrie in Ostdeutschland.
- *Cluster Bioeconomy* – verbindet alle relevanten Industriezweige und hat sich zum Ziel gesetzt, die integrierte stoffliche und energetische Nutzung von non-food Biomasse zur Erzeugung von Werkstoffen, Chemikalien und Produkten zu fördern.
- *Cluster Biotechnologie – Life Sciences* – unterstützt Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Forschungen in marktreife Produkte und bei der Suche nach geeigneten Investoren.
- *Cluster Chemie/Kunststoffe* – fördert die Entwicklung der Region Mitteldeutschland zum führenden Zentrum der Polymerherstellung und -verarbeitung.
- *Infectognostics* – Mehr als 30 Partner aus Wissenschaft, Medizin und Wirtschaft entwickeln marktreife Lösungen für die Vor-Ort-Analyse von Infektionen in der Humanmedizin, Testsysteme für Tiererkrankungen sowie für den Erregernachweis in Lebensmitteln.
- *Central European Chemical Network* – Verbund der sechs mitteldeutschen Chemie-parks Bitterfeld-Wolfen, Böhlen, Leuna, Schkopau, Schwarzeide, Zeitz.
- *Cluster Hypos* – kombiniert die Kompetenzen ostdeutscher Großunternehmen aus Energiewirtschaft, Chemie, Anlagenbau mit den Potenzialen von Klein- und mittelständischen Unternehmen sowie der Expertise von Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- *Cluster Informationstechnologie* – Die Informationstechnologie in Mitteldeutschland ist eine innovative und leistungsstarke Dienstleistungsbranche mit zunehmend überregionaler Ausstrahlung.
- *Netzwerk Logistik Leipzig-Halle* – Sprachrohr der regionalen Logistikbranche.
- *Cluster Optonet* – engagiert sich für die Optoelektronik.

---

<sup>62</sup> Das englische Wort Cluster hat viele Bedeutungen: Gruppe, Klumpen, Anhäufung sind nur einige von ihnen. Im Wirtschaftszusammenhang bezeichnet es Netzwerke von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und ihnen verbundenen Institutionen, die ein gemeinsames Tätigkeitsfeld und eine gewisse regionale Nähe verbindet.

- *Cluster Silicon Saxony* – In der Region zwischen Dresden, Freiberg und Chemnitz findet sich eine einzigartige Ballung von Unternehmen und Forschungsinstituten mit Know-how in zahlreichen Bereichen der Mikroelektronik.
- *Solarvalley Mitteldeutschland* – wettbewerbsfähiger Solarstrom

Diese Aufzählung verdeutlicht die Schwerpunkte der mitteldeutschen Wirtschaft.

### **3.3.2. Wirtschaftsinitiative Sächsische Schweiz**

Gegründet wurde sie schon 1991 als eingetragener Verein mit Sitz in Neustadt. Damals lautete das vorrangige Ziel, die sich im Umbruch befindende Wirtschaft der Region zu unterstützen. Aktuell gibt es 34 Mitglieder, darunter vier Kommunen sowie der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, außerdem knapp 30 Unternehmen.

Die folgenden Projekte (Auswahl) geben einen Einblick in die Arbeit des Vereins:

- Erarbeitung eines Wirtschaftsentwicklungskonzeptes für die Region.
- Organisation von Mitgliederversammlungen, die jeweils bei einem Mitgliedsunternehmen stattfinden.
- Neu- und Ausbau eines überregionalen Radwanderwegenetzes. Zwischen 1999 und 2006 entstanden 160 Kilometer überwiegend asphaltierte Radwege. Finanziert wurde dieses Projekt zum Großteil vom Freistaat und der EU.
- Organisation von Unternehmerstammtischen gemeinsam mit der IHK Dresden.

### **3.3.3. Wirtschaftsförderung Region Meißen**

Die Wirtschaftsförderung Region Meißen (WRM) ist ein Beispiel für einen überwiegend kommunal getragenen Wirtschaftsverband auf Landkreisebene. Gesellschafter dieser GmbH sind sowohl der Landkreis Meißen als auch die fünf Großen Kreisstädte (Meißen, Coswig, Radebeul, Großenhain, Riesa), die Städte Gröditz, Lommatzsch, Nossen, Radeburg und Strehla sowie 15 Gemeinden. Hinzu kommt die Sparkasse Meißen.

Folgende Leistungen bietet die WRM für potenzielle Investoren und Gründer an:

- Bereitstellung von Informationsmaterial zum Landkreis Meißen und zum Freistaat Sachsen

- Durchführung von Informationsrecherchen zu Gebieten, Standorten oder Branchen im Landkreis
- Beratung zu möglichen Standorten und Erstellung spezifischer Standortangebote
- Informationen zu Fördermöglichkeiten und Begleitung bei der Akquisition von Kapital oder der Erlangung von Bürgschaften
- Organisatorische Vorbereitung des Besuches potenzieller Investoren in der Region Meißen
- Kontaktvermittlung und Moderation von Gesprächen mit regionalen Entscheidern, Ämtern, Behörden sowie Banken oder Sparkassen
- Unterstützung bei der Erlangung behördlicher Genehmigungen
- Beratung und Betreuung nach erfolgter Ansiedlung
- Unterstützung bei der Gründung einer eigenen unternehmerischen Tätigkeit

Auch für bereits ansässige Unternehmen ist die WRM eine Anlaufstelle, zum Beispiel wenn sie nach Gewerbeflächen zur Vergrößerung ihres Standortes suchen. Die Mitgliedskommunen können auf diese Weise bestimmte wirtschaftspolitische Dienstleistungen gebündelt auslagern und müssen dafür nicht zwingend Personal einplanen.

### **3.3.4. Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz**

Die Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz (ENO) ist das Lausitzer Pendant zur Wirtschaftsförderung Region Meißen. Zu den Gesellschaftern der GmbH zählen der Landkreis Görlitz, die Große Kreisstadt Weißwasser und die Stadt Bad Muskau. Auch das angebotene Leistungsspektrum ähnelt dem der WRM. Ein besonderer Schwerpunkt liegt aufgrund der geografischen Lage auf grenzüberschreitenden Wirtschaftskooperationen.

### **3.3.5. Marketing-Gesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien**

Die Marketing-Gesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien (MGO) umfasst die Landkreise Görlitz und Bautzen, den Tourismusverband Oberlausitz-Niederschlesien sowie die Kreissparkasse Bautzen, die Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien und die Ostsächsische Sparkasse Dresden. Die GmbH betreibt im Auftrag ihrer Gesellschafter

Wirtschaftsförderung und Regionalmarketing. Zu letzterem zählt insbesondere die Vermarktung der Lausitz als Ferienregion. Auch im Bereich Regionalmanagement bzw. -entwicklung ist die MGO aktiv. Diese drei Tätigkeitsfelder gehen ineinander über und beeinflussen sich gegenseitig.

### **3.4. Wirtschaftspolitik sächsischer Kommunen – ausgewählte Beispiele**

So unterschiedlich die Kommunen sind, so verschieden ist auch ihre Wirtschaftspolitik. Dabei ist die Größe einer Kommune offenbar ein entscheidender Faktor für ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung: *„So gibt es ausgesprochene Großstadthemen wie die Entwicklung und das Management von Clustern oder die Förderung der Kultur und Kreativwirtschaft. Diese Themen benötigen offensichtlich eine kritische Masse an relevanten Unternehmen bzw. werden andernorts auf regionaler Ebene bearbeitet. In kleineren Städten zählen dagegen Stadtmarketing und Einzelhandelsentwicklung häufiger zum Kernbestand der Wirtschaftsförderung und sind dort von größerer Bedeutung. Dies mag auch daran liegen, dass in großen Städten für diese Themen oft eigene Organisationen vorhanden sind.“*<sup>63</sup>

Anhand einiger sächsischer Gemeinden – den drei kreisfreien Städten sowie zwei Mittelstädten aus unterschiedlichen Landesteilen – wird verdeutlicht, wie eine kommunale Wirtschaftspolitik konkret aussehen kann.

#### **3.4.1. Leipzig**

Mit knapp 600.000 Einwohnern ist Leipzig derzeit die größte Stadt des Freistaates. In den letzten Jahren stieg insbesondere die Einwohnerzahl rasant an. Entsprechend vielfältig ist das Wirtschaftsleben der Stadt. Wirtschaftspolitische Belange sind im Dezernat für Wirtschaft und Arbeit unter dem Beigeordneten Uwe Albrecht verankert. Zum Dezernat gehören das Amt für Wirtschaftsförderung, das Liegenschaftsamt und das Referat für Beschäftigungspolitik.

Das Amt für Wirtschaftsförderung sieht sich als Dienstleister und Lotse der Wirtschaft und richtet sein Handeln an folgenden Zielen aus<sup>64</sup>:

- Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere Arbeitsplätze auf höheren Stufen der Wertschöpfung
- Schaffung zuverlässiger Rahmenbedingungen für eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur und ein günstiges Investitionsklima in der gesamten Spannweite

---

<sup>63</sup> Zwicker-Schwarm, S. 34

<sup>64</sup> [www.leipzig.de](http://www.leipzig.de)



von stabilen Kooperationen, funktionierenden Partnerschaften bis hin zur Netzwerkarbeit

- Sicherung der Finanzkraft der Kommune

Die Leipziger Wirtschaftsförderer beschreiben ihre Tätigkeit so: *„Wir unterstützen unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen je nach Anforderung multifunktional und optional und zwar sowohl als Lotse, Informationsgeber und Pfadfinder für Lösungen als auch Koordinator, Moderator, Initiator, Partner, Förderer – und häufig auch Krisenmanager. Das breite Handlungsspektrum auf dem Gebiet der mittelständischen Bestandspflege reicht vom Kontaktmanagement über die Erstinformation oder -beratung zu wirtschaftlichen Fragen bis hin zur Bereitstellung von Wirtschaftsinformationen und schließt die Begleitung von Rat suchenden Unternehmen bei Bankgesprächen ein. Alle Aktivitäten sind darauf konzentriert, praktikable Lösungen zu entwickeln.“*<sup>65</sup>

Die Stadt hat 2013 auf einen Beschluss des Stadtrates hin das Förderprogramm für Wachstum und Kompetenz im Leipziger Mittelstand aufgelegt. Es richtet sich an Leipzigs kleine und mittlere Unternehmen aller Art und verfügt über ein jährliches Vergabevolumen von 550.000 Euro. Die Beantragung ist relativ unbürokratisch. Das Mittelstandsprogramm umfasst Bestands-, Gründungs- und Ansiedlungsförderung.

Fünf vielversprechende Cluster spielen im Leipziger Wirtschaftsleben eine herausgehobene Rolle. Sie werden von der kommunalen Wirtschaftspolitik besonders unterstützt, die hierbei nach dem Motto *„Die Stärken stärken“* handelt.

- *Cluster Automobil- und Zulieferindustrie:* Porsche baut seit 1999 den Sportwagen Cayenne in der Stadt. BMW errichtete kurze Zeit später ein Werk im Norden Leipzigs. Dadurch ziehen immer mehr Zulieferer in das Umfeld der beiden Autobauer.
- *Gesundheitswirtschaft und Biotechnologie:* Leipzig bietet ein breites Spektrum an Hochleistungsmedizin und Forschung, an regenerativer Medizin und Biotechnologie. Die Universität Leipzig, das Universitätsklinikum, das Herzzentrum Leipzig und das Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie stehen stellvertretend für zahlreiche Wissenschaftsinstitute, Kliniken und Unternehmen.
- *Energie- und Umwelttechnik:* Sowohl große Unternehmen wie die VNG – Verbundnetz Gas AG, die European Energy Exchange AG als auch zahlreiche Forschungseinrichtungen wie das Deutsche Biomasseforschungszentrum und

---

65 [www.leipzig.de/wirtschaft-und-wissenschaft/unternehmensservice](http://www.leipzig.de/wirtschaft-und-wissenschaft/unternehmensservice)

das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung sind neben etlichen klein- und mittelständigen Unternehmen in der Stadt ansässig.

- *Logistik*: Die zentrale Lage in Deutschland und in Europa prädestiniert Leipzig als Standort für Logistikunternehmen wie DHL, AeroLogic, Lufthansa Cargo und Future Electronics. Neben der Anbindung ans Schienen- und Autobahnnetz ist gerade der Flughafen Leipzig/Halle von herausragender Bedeutung für den Frachtverkehr.
- *Medien- und Kreativwirtschaft*: Die Kultur- und Medienlandschaft ist vielfältig, wenn auch oft sehr kleinteilig organisiert. Sie ist zweifelsohne einer der Faktoren, welche die Stadt attraktiv machen und zu ihrer positiven Außenwirkung beitragen.

Als traditioneller Messestandort kommt der Stadt noch heute überregionale Bedeutung zu.

### **3.4.2. Dresden**

Die Landeshauptstadt setzt auch bei der Wirtschaftsförderung ganz auf ihre architektonische und naturräumliche Schönheit. „*Inspiration Dresden*“ ist die entsprechende Imagebroschüre betitelt. Die Stadt hat ein Amt für Wirtschaftsförderung eingerichtet, das dem Amtsbereich des Oberbürgermeisters zugeteilt ist. Das Amtsmotto lautet „*Global orientieren – lokal handeln*“.

Das Amt für Wirtschaftsförderung ist in vier Abteilungen aufgeteilt:

- Grundsatz und Gewerbeflächen
- Wirtschaftsservice
- Smart City
- Kommunale Märkte

Insbesondere die Abteilung Wirtschaftsservice dient als Anlaufstelle für Unternehmen und Investoren.

„*Smart City ist ein Sammelbegriff für gesamtheitliche Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen, Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Diese Konzepte beinhalten technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Der Begriff findet auch im Stadtmarketing bei großen Technologiekonzernen Verwendung.*“<sup>66</sup> In einem kontinuierlichen Prozess will Dresden durch die

---

<sup>66</sup> de.wikipedia.org/wiki/Smart\_City, abgerufen am 14.12.2017

systematische Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien seine Zukunftsfähigkeit stärken. Erste Smart-City-Projekte im Verkehrssystem wurden bereits umgesetzt<sup>67</sup>.

Die Elbestadt sieht ihre wirtschaftlichen Kernkompetenzen vor allem in drei Kompetenzfeldern:

- *Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Software:* Dresden hat sich als international renommierter Standort zur Herstellung von Mikroelektronik und Chips etabliert. 1.500 Unternehmen mit mehr als 48.000 Mitarbeitern zählen zum Dresdner Mikroelektronik-Cluster.
- *Nanotechnologie und Neue Werkstoffe:* 100 von insgesamt etwa 1000 Unternehmen im Bereich Nanotechnologie haben ihren Sitz in Dresden. In diesem Zusammenhang wird auch an der Entwicklung neuartiger Werkstoffe und Materialien geforscht, wie zum Beispiel superdünne Beschichtungen für eine Vielzahl von Anwendungen.
- *Life Sciences und Biotechnologie:* Nicht umsonst hat das Deutsche Hygienemuseum seinen Sitz in Dresden. Die lange Tradition von Pharmaindustrie und Gesundheitsforschung wird heute von zahlreichen Unternehmen und Forschungseinrichtungen fortgeführt.

Nicht vergessen werden sollte der Tourismus, der großen Stellenwert für das Wirtschaftsleben der Stadt hat. Architektur, Museen, Kunstschatze, Kulturleben und die Schönheit des Elbtals locken jedes Jahr tausende Besucher aus aller Welt. Allerdings hat das weltoffene Image von Dresden in den letzten Jahren aufgrund der Pegida-Aufmärsche sehr gelitten. Auf einmal produzierte die Stadt überregional schlechte Nachrichten.

### 3.4.3. Chemnitz

Im Gegensatz zu Dresden und Leipzig hat die kleinste sächsische Großstadt (knapp 250.000 Einwohner) im Jahr 1993 die Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft (CWE) gegründet, die sich um die kommunale Wirtschaftspolitik kümmert. Sie ist eine städtische Tochtergesellschaft. Ein Aufsichtsrat, dessen Vorsitz die Oberbürgermeisterin von Chemnitz – Barbara Ludwig – innehat, überwacht die Tätigkeit der CWE.

---

<sup>67</sup> Details siehe: [www.dresden.de/de/wirtschaft/wirtschaftsstandort/projekte-kooperationen/smart-city-dresden.php](http://www.dresden.de/de/wirtschaft/wirtschaftsstandort/projekte-kooperationen/smart-city-dresden.php)

Die CWE kümmert sich sowohl um Wirtschafts- als auch um den Tourismusbelange. Sie deckt dabei das ganze Spektrum an Wirtschaftsförderaktivitäten inklusive Standortmarketing ab. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Fachkräftesicherung: „Bundesweit einmalig ist, dass die Unternehmen die städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Dienstleister für ihre Personalsuche beauftragen. Derzeit präsentieren sich auf der Plattform über 40 Unternehmen mit ihren Stellengesuchen. Die Palette reicht von Ingenieuren und Facharbeitern bis zu Buchhaltern. Zielgruppe der Aktion sind unter anderem Rückkehrwillige, Pendler, Absolventen der TU Chemnitz, aber auch Fachkräfte, die bisher noch keinen Bezug zur Stadt und Region hatten.“<sup>68</sup>

Chemnitz hat eine lange Tradition im Maschinen- und Automobilbau. Beide Branchen dominieren noch heute die Wirtschaft der Stadt. Im Automobilbereich finden sich vor allem Zulieferbetriebe. Im Maschinen- und Anlagenbau sieht sich die Stadt gar als das ostdeutsche Zentrum.

Ein relativ neuer Industriezweig hingegen ist die Mikrosystemtechnik. Zudem wird an der Technischen Universität Chemnitz intensiv im Bereich Mikrotechnologie geforscht. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft wurde 2007 der Smart Systems Campus errichtet. Dort befinden sich unter anderem zwei Fraunhofer-Institute, das Zentrum für Mikrotechnologien und das Gründerzentrum Start up.

Die verkehrstechnische Anbindung von Chemnitz steht hinter den beiden anderen kreisfreien Städten zurück. Zum einen ist die A72 nach Leipzig noch immer nicht komplett fertiggestellt. Zum anderen hält kein Bahnfernverkehr in der Stadt, was von vielen Einwohnern und Unternehmern als gravierender Nachteil empfunden wird. Ob und wann ICE-Züge die Stadt ansteuern werden, ist bis dato ungewiss<sup>69</sup>. Im Gegensatz zu Dresden und Leipzig verfügt die Stadt auch nicht über einen Flughafen, sondern nur über den lokalen Flugplatz Jahnsdorf. Allerdings wäre das Betreiben eines Flughafens aufgrund der Nähe zu zwei Regionalflyghäfen voraussichtlich nicht rentabel.

#### **3.4.4. Riesa**

Die Große Kreisstadt Riesa, gelegen auf halber Strecke zwischen Leipzig und Dresden, ist eine recht typische sächsische Stadt mittlerer Größe. Hatte die Stadt in den 1980er Jahren noch über 50.000 Einwohner, leben mittlerweile nur noch rund 30.000 Menschen in der Stadt – etwa so viele wie in den 1940er Jahren. Grund war vor allem der industrielle Niedergang in den 1990er Jahren. Mit diesem Einwohnerverlust hat die Stadt noch immer zu kämpfen, auch wenn sich die Zahl der Bewohner in den letzten Jahren stabilisiert hat.

---

68 [www.cwe-chemnitz.de/wirtschaft/fachkraefte/chemnitz-zieht-an](http://www.cwe-chemnitz.de/wirtschaft/fachkraefte/chemnitz-zieht-an)

69 MDR-Bericht vom 21.8.2017, [www.mdr.de/sachsen/chemnitz/chemnitz-will-fernbahnanschluss-100.html](http://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/chemnitz-will-fernbahnanschluss-100.html)

Zu DDR-Zeiten war Riesa eine Industriestadt, die vor allem durch das Stahlwerk und seine 13.000 Mitarbeiter geprägt wurde. Zwar gibt es das Werk noch, mittlerweile gehört es zum italienischen Feralpi-Konzern, jedoch beschäftigt es nur noch etwa 650 Angestellte. Weitere bedeutende Arbeitgeber ist der Reifenhersteller Goodyear Dunlop, der IT-Dienstleister Neways Electronics, das Industrie-, Stahl- und Metallbauunternehmen Freyler, das Cargill-Ölwerk, die Teigwaren Riesa und das Kappus-Seifenwerk.

Neben der für eine ostdeutsche Stadt dieser Größe recht differenzierten Unternehmenslandschaft, wirbt Riesa vor allem mit seinem Image als Sportstadt. So finden in der 1999 erbauten Sachsen-Arena, eine der größten Veranstaltungshallen Ostdeutschlands, regelmäßig internationale Sportwettkämpfe statt. Außerdem gastieren häufig kulturelle Großveranstaltungen aus dem Schlagerbereich dort sowie Konzerte populärer Bands. Zusammen mit dem Elbe-Radweg ist die Sachsen-Arena Hauptgrund, warum Touristen die Stadt an der Elbe aufsuchen, deren architektonische und naturräumliche Attraktionen sich ansonsten in Grenzen halten.

Die Elbe verschafft der Stadt neben Touristen auch einen recht gut ausgelasteten Binnenhafen<sup>70</sup>. Die Bahnanbindung an der Strecke Leipzig-Dresden ist ebenfalls sehr gut, ICE-Züge halten stündlich am Bahnhof. Hingegen ist die Autobahnanbindung zur A14 durch die verkehrsmäßig überlastete B169 weniger günstig.

Ein eigenes Wirtschaftsförderamt oder eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat die Stadt jedoch nicht. Als Ansprechpartner für Unternehmen und Investoren wird der Oberbürgermeister Marco Müller direkt genannt<sup>71</sup>. Allerdings ist die Kommune Mitglied der in Kapitel 3.3.3. beschriebenen Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH (WRM). Sie kümmert sich stellvertretend für die Stadt um Belange wie Standortmarketing, Beratung und Kontaktvermittlung.

### 3.4.5. Görlitz

Die größte Stadt der Oberlausitz ist auch gleichzeitig die östlichste Stadt Deutschlands. Sie liegt direkt an der Grenze zu Polen in unmittelbarer Nachbarschaft zur polnischen Schwesterstadt Zgorzelec. Vor 1945 bildeten beide Kommunen eine Stadt. Auch Görlitz hat nach der Wende sehr viele Einwohner verloren, seit einigen Jahren hat sich die Bewohnerzahl bei 55.000 eingependelt.

<sup>70</sup> siehe Pressemitteilung des Betreibers Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH vom 2.2.2017, [www.binnenhafen-sachsen.de/aktuelles/artikel/saechsische-binnenhaefen-oberelbe-gmbh-hafengruppe-setzt-erfolgreich-auf-wachstum-2](http://www.binnenhafen-sachsen.de/aktuelles/artikel/saechsische-binnenhaefen-oberelbe-gmbh-hafengruppe-setzt-erfolgreich-auf-wachstum-2)

<sup>71</sup> [www.riese.de/deu/wirtschaft/invest\\_in\\_riese](http://www.riese.de/deu/wirtschaft/invest_in_riese)

Die Lage im Grenzgebiet hat natürlich Einfluss auf das Wirtschaftsleben der Stadt. Görlitz ist zweifelsohne eine Transitstadt. Neben Polen ist auch Tschechien nicht weit entfernt. Über die grenzüberschreitende A4 ist die Stadt nach Westen und Osten ans Autobahnnetz angebunden. Außerdem verfügt sie über einen Bahnhof, in dem jedoch keine Fernverkehrszüge halten. Die internationale Magistrale Dresden-Breslau ist damit noch immer, im Vergleich zur Autobahn, deutlich unterbelichtet.

Mit dem Bahnverkehr ist die Stadt insofern verbunden, dass es dort eine Tradition im Schienenfahrzeugbau gibt, die aktuell von der international agierenden Firma Bombardier fortgesetzt wird. Allerdings ist die Zukunft des rund 2.000 Mitarbeiter umfassenden Standortes derzeit unklar. Zumindest bis 2019 soll es für die stammbelegschaft keine betriebsbedingten Kündigungen geben<sup>72</sup>.

Auch der Maschinenbau ist wichtig für die Stadt, allerdings wird das mit 950 Beschäftigten größte Unternehmen in diesem Bereich – das von Siemens betriebene Görlitzer Dampfturbinenwerk – voraussichtlich Ende 2023 geschlossen werden<sup>73</sup>. Das wäre ein empfindlicher Schlag für das Wirtschaftsleben der Grenzstadt. Weitere kleine und mittelständische Unternehmen sind zum Beispiel im Turbinenbau, im Sondermaschinen- und Anlagenbau sowie in der Metall- und Blechbearbeitung tätig.

Ein besonderes Merkmal der Stadt ist ihre Entwicklung hin zur gefragten Location für internationale Filmproduktionen. Die weitgehend erhaltene Altbausubstanz und die günstigen Produktionskosten locken sogar Hollywoodproduktionen an die Neiße. Darum trägt die Stadt den Beinamen „Görlitwood“ mit Stolz. 2017 wurde sie in einer Onlineabstimmung sogar zur beliebtesten Filmlocation in Europa gewählt<sup>74</sup>.

Die umfassend sanierte Altstadt mit ihren zahlreichen kulturellen Attraktionen zieht jährlich rund 2,3 Millionen Besucher nach Görlitz. Der Tourismus gehört damit zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen der Stadt.

Zur Förderung der wirtschaftlichen Belange hat die Stadt eine Tochtergesellschaft mit dem etwas sperrigen Namen Europastadt GörlitzZgorzelec GmbH für Wirtschaftsentwicklung, Stadtmarketing und Tourismus gegründet. Außerdem gibt es einen privaten Verein, den Allgemeinen Unternehmerverband Görlitz und Umgebung – Gewerbeverein zu Görlitz 1830, der sich für die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Belange seiner Mitglieder einsetzt.

---

72 Sächsische Zeitung vom 24.10.2017, [www.sz-online.de/nachrichten/es-brodelt-hinter-bombardier-kulissen-3802479.html](http://www.sz-online.de/nachrichten/es-brodelt-hinter-bombardier-kulissen-3802479.html)

73 Sächsische Zeitung vom 16.11.2017, [www.sz-online.de/nachrichten/siemens-schliesst-werke-in-sachsen-3819392.html](http://www.sz-online.de/nachrichten/siemens-schliesst-werke-in-sachsen-3819392.html)

74 Pressemitteilung der Stadt Görlitz vom 7.11.2017, [www.goerlitz.de/news/detail/720-Goerliwood-ist-Europas-Filmlocation-des-Jahrzehnts](http://www.goerlitz.de/news/detail/720-Goerliwood-ist-Europas-Filmlocation-des-Jahrzehnts)

## 4. Literatur

Bellers, Jürgen: *Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung* IN: Bellers, Jürgen / Frey, Rainer / Rosenthal, Claudius (Hg): *Einführung in die Kommunalpolitik*, R.Oldenbourg Verlag, München, 2000, S. 257 – 271

Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH:  
*Wirtschaftspolitisches Konzept der Stadt Chemnitz im Rahmen des SEKo 2020, 2008*

Dippel, Heiner / Grunewald, Thomas / Stauder, Jochen: *Grundlagen der kommunalen Wirtschaftspolitik* IN: Kösters, Winfried / Osner, Andreas: *Handbuch Kommunalpolitik*, Dr. Josef Raabe Verlag, Berlin

Grabow, Bussow / Henckel, Dietrich: *Kommunale Wirtschaftspolitik* IN: Wollmann, Helmut / Roth, Roland (Hg): *Kommunalpolitik – Politisches Handeln in den Gemeinden*, Leske und Budrich, Opladen 1999, S. 616 – 632

Floeting, Holger / Hollbach-Grömig, Beate: *Kommunale Wirtschaftspolitik – Editorial* IN: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 1/2005, S. 5 – 9

Floeting, Holger / Hollbach-Grömig, Beate: *Neuorientierung der kommunalen Wirtschaftspolitik* IN: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 1/2005, S. 10 – 39

Landeshauptstadt Dresden: *Inspiration Dresden*, 2013

Leutner, Barbara / Peters, Marco / Rösler, Cornelia: *Kommunale Impulse für Nachhaltiges Wirtschaften*, Berlin, Difu-Impulse 1/2015

Mönninghoff, Hans: *Gibt es eine grüne Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene?*  
IN: *AKP* 6/2013, S. 35 – 37

Naßmacher, Hiltrud / Naßmacher, Karl-Heinz: *Kommunale Wirtschaftspolitik* IN: *Kommunalpolitik in Deutschland*, Leske und Budrich, Opladen 1999, S. 370 – 408

Stadt Leipzig (Hg): *Wirtschaftsbericht 2016*

Stadt Leipzig (Hg): *Wirtschaftsförderungsreport*, 2013

Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (Hg): *Sachsen! Ein Land in Bewegung*, Dresden 2016

## 5. Links und Adressen

*Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr*  
Wilhelm-Buck-Straße 2  
01097 Dresden

Telefon: 0351 56 40  
E-Mail: [cms@smwa.sachsen.de](mailto:cms@smwa.sachsen.de)  
Web: [www.smwa.sachsen.de](http://www.smwa.sachsen.de)

*Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH*  
Bertolt-Brecht-Allee 22  
01309 Dresden

Telefon: 0351 2138-0  
E-Mail: [info@wfs.saxony.de](mailto:info@wfs.saxony.de)  
Web: [www.standort-sachsen.de](http://www.standort-sachsen.de)

*Europäische Metropolregion Mitteldeutschland*  
Schillerstraße 5  
04109 Leipzig

Telefon: 0341 600 16-0  
E-Mail: [info@mitteldeutschland.com](mailto:info@mitteldeutschland.com)  
Web: [www.mitteldeutschland.com](http://www.mitteldeutschland.com)

*Stadt Leipzig*  
*Dezernat für Wirtschaft und Arbeit*  
Martin-Luther-Ring 4 – 6  
04109 Leipzig

Telefon: 0341 123 56 00  
E-Mail: [wirtschaftsdezernat@leipzig.de](mailto:wirtschaftsdezernat@leipzig.de)  
Web: [www.leipzig.de](http://www.leipzig.de)



*Stadt Dresden*  
*Amt für Wirtschaftsförderung*  
Ammonstraße 74  
01067 Dresden

Telefon: 0351 488 87 01  
E-Mail: [wirtschaftsfoerderung@dresden.de](mailto:wirtschaftsfoerderung@dresden.de)  
Web: [www.dresden.de](http://www.dresden.de)

*Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH*  
Innere Klosterstraße 6 – 8  
09111 Chemnitz

Telefon: 0371 366 02 00  
E-Mail: [info@cwe-chemnitz.de](mailto:info@cwe-chemnitz.de)  
Web: [www.cwe-chemnitz.de](http://www.cwe-chemnitz.de)

[www.vsw-direkt.de](http://www.vsw-direkt.de) – Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft

[www.sachsen.ihk.de](http://www.sachsen.ihk.de) – Landesarbeitsgemeinschaft der IHKs  
[www.leipzig.ihk.de](http://www.leipzig.ihk.de) – IHK Leipzig  
[www.dresden.ihk.de](http://www.dresden.ihk.de) – IHK Dresden  
[www.chemnitz.ihk24.de](http://www.chemnitz.ihk24.de) – IHK Chemnitz

[www.hwk-leipzig.de](http://www.hwk-leipzig.de) – HWK Leipzig  
[www.hwk-dresden.de](http://www.hwk-dresden.de) – HWK Dresden  
[www.hwk-chemnitz.de](http://www.hwk-chemnitz.de) – HWK Chemnitz

*Vertretungen des Bundesverbandes mittelständischer Wirtschaft in Sachsen:*

[www.bvmw.de/erzgebirgskreis](http://www.bvmw.de/erzgebirgskreis)  
[www.bvmw.de/zwickau](http://www.bvmw.de/zwickau)  
[www.bvmw.de/vogtland](http://www.bvmw.de/vogtland)  
[www.bvmw.de/lichtenstein](http://www.bvmw.de/lichtenstein)  
[www.bvmw.de/chemnitz](http://www.bvmw.de/chemnitz)  
[www.bvmw.de/wirtschaftsregion-mittweida](http://www.bvmw.de/wirtschaftsregion-mittweida)  
[www.bvmw.de/wirtschaftsregion-dresden](http://www.bvmw.de/wirtschaftsregion-dresden)  
[www.bvmw.de/wirtschaftsregion-leipzig](http://www.bvmw.de/wirtschaftsregion-leipzig)

[www.acod.de](http://www.acod.de) – Automotive Cluster Ostdeutschland  
[www.bioeconomy.de](http://www.bioeconomy.de) – Cluster Bioeconomy  
[www.cluster-chemie-kunststoffe.de](http://www.cluster-chemie-kunststoffe.de)  
[www.infectognostics.de](http://www.infectognostics.de) – Medizincluster  
[www.cechemnet.de](http://www.cechemnet.de) – Central European Chemical Network  
[www.hypos-eastgermany.de](http://www.hypos-eastgermany.de) – Projekt Hypos  
[www.it-mitteldeutschland.de](http://www.it-mitteldeutschland.de) – Cluster Informationstechnologie  
[www.logistik-leipzig-halle.net](http://www.logistik-leipzig-halle.net) – Netzwerk Logistik Leipzig-Halle  
[www.silicon-saxony.de](http://www.silicon-saxony.de) – Cluster Silicon Saxony  
[www.solarvalley.org](http://www.solarvalley.org) – Cluster Solarvalley Mitteldeutschland

[www.win-saechsische-schweiz.de](http://www.win-saechsische-schweiz.de) – Wirtschaftsinitiative Sächsische Schweiz  
[www.wirtschaftsregion-meissen.de](http://www.wirtschaftsregion-meissen.de) – Wirtschaftsförderung Region Meißen  
[www.wirtschaft-goerlitz.de](http://www.wirtschaft-goerlitz.de) – Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz  
[www.oberlausitz.com](http://www.oberlausitz.com) – Marketing-Gesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien

[www.auv-goerlitz.de](http://www.auv-goerlitz.de) – Allgemeiner Unternehmerverband Görlitz und Umgebung –  
Gewerbeverein zu Görlitz 1830 e.V.



DAKS e.V.  
Die ALTERNATIVE Kommunalpolitik Sachsens  
Hohe Straße 58  
04107 Leipzig  
Tel: 0341 2195740  
E-Mail: [mail@daksev.de](mailto:mail@daksev.de)  
Internet: [www.DAKSev.de](http://www.DAKSev.de)

Leipzig 2017

